

Wetzlar, den 16. März 2007

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Kreistag
Sitzung Nummer	7/2006-2011
Datum	29.01.2007
Sitzungsbeginn	17:00
Sitzungsende	20:05
Ort	Großer Sitzungssaal, Wetzlar

Teilnehmer/innen

Mitglied der CDU-Fraktion

Ahrens-Dietz, Heike
Bastian, Klaus
Beer, Alexander
Bender, Matthias
Budde, Heiko
Eckert, Peter
Figge, Kurt
Frey, Dirk
Fünfsinn, Anja
Hackbusch, Dietrich
Horne, Eberhard
Hund, Helmut
Hüsken, Wilfried
Irmer, Hans-Jürgen
Knöpp, Sascha
Kraemer, Rabea
Kreck, Matthias Gerhard
Lenzen, Jürgen
Löw, Franz-Ludwig
Müller, Elisabeth
Müller, Hartmut
Petersen, Nicole
Preuschoff, Klaus-Jürgen
Reif, Clemens
Schönwetter, Tim
Silbe, Katja
Steinraths, Frank
Steinruck, Dieter
Würz, Elke

Mitglied der SPD-Fraktion

Aurand, Stephan
Bangert, Armin
Beimborn, Regina
Benner, Hans
Bergfeld, Heinz
Betz, Karin
Bökel, Gerhard
Dommert, Ulrich
Drill, Frank
Egler, Beatrix
Engel, Jürgen
Förster, Eckehard
Froneberg, Walter
Grüger, Stephan
Hartert, Holger
Hartmann, Anke
Harz-Bornwasser, Rüdiger
Hensgen, Christel
Jung, Ursula
Lotz, Erika
Metz, Helmut
Mörchen, Christine
Ratz, Gunter
Rauber, Heinz
Rauber, Kirsten
Rußmann, Klaus
Schmidt, Sigrun
Schmidt, Ingrid

Mitglied der FWG-Fraktion

Anschütz, Hans-Günter
Esch, Roland
Euler, Horst
Fuchs, Hans-Werner
Ludwig, Jörg
Schmidt, Karin
Stahl, Rainer
Valet, Axel

Mitglied der Fraktion B 90/Die Grünen

Krohn, Malte
Öztürk, Mürvet
Polzin, Sabine
Rompf, Manfred
Tacke, Krimhilde

Mitglied der FDP-Fraktion

Franz, Brunhilde
Kornmann, Sigrid
Schmidt, Joachim

Mitglied der NPD

Zutt, Alfred
Zutt, Doris

parteilos

Sattler, Hans-Udo

Landrat

Schuster, Wolfgang

Erster Kreisbeigeordneter

Hofmann, Wolfgang

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Wegricht, Roland

Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete

Kaufmann-Ohl, Günther
Droß, Steffen
Hilk, Helene
Hugo, Klaus
Jackel, Hans
Landau, Ursula
Luh, Edgar
Reinschmidt, Wolfgang
Schneider, Karl-Heinz
Schüler, Karl-Heinz
Spieß, Udo
Weber, Bernd
Werner, Wilhelm

Schriftführer

Grygar, Norbert

Stellv. Schriftführerin

Biehl-Schneider, Marina

Von der Verwaltung

Kröckel, Dieter
Reitz, Friedhelm
Wagner, Manfred

es fehlt entschuldigt

Jeschke, Ralf, FWG
Klier, Reinhard, CDU
Müller, Jörg Michael, CDU
Rompf, Markus, parteilos
Spamer, Eberhard, SPD

Tegel, Adolf, Tierschutzpartei

Tagesordnung

TOP 1

Mitteilungen des Kreisausschusses und der Kreistagsvorsitzenden

TOP 2

Fragestunde

TOP 3

Sanierung des Dienstgebäudes A der Kreisverwaltung Karl-Kellner-Ring 51, Wetzlar
Drucksache. 5/2007

TOP 4

Aufstellung der Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim
Verwaltungsgericht in Gießen
Drucksache 13/2007

TOP 5

Gestaltung Eintrittspreise Besucherbergwerk "Grube Fortuna"
Drucksache 9/2007

TOP 6

Kündigung des Vertrages zwischen Förderverein Grube Fortuna und Lahn-Dill-Kreis;
Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 12. Dezember 2006
Drucksache 12/2007

TOP 7

Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2007
sowie der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe des Lahn-Dill-Kreises;

1. Feststellung des Entwurfs und Beschlussfassung des Investitionsprogramms
des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2006 bis 2010
2. Kenntnisnahme, Beratung und Beschlussfassung der Wirtschaftspläne der
Eigenbetriebe Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill (AEWLD), Lahn-
Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung und Besucherbergwerk
"Grube Fortuna" für das Wirtschaftsjahr 2007
3. Feststellung des Entwurfs und Beschlussfassung der Haushaltssatzung
des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2007 mit Haushaltsplan

Drucksache 8/2007

TOP 8

NPD-Antrag vom 04. Januar 2007;
hier: Einheitliche Schulkleidung
Drucksache 32/2007

TOP 9

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02. Januar 2007;
hier: Energiebericht 2006
Drucksache 33/2007

TOP 10

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02. Januar 2007;
hier: Ausschuss Bildung/Jugend/Familie/Senioren

TOP 11

Gemeinsamer Antrag von SPD, FWG, B90/Die Grünen vom 08.01.2007; hier: Demographie und Schulentwicklung
Drucksache 35/2007

Vorsitzende Müller eröffnet die 7. Sitzung des Kreistages des Lahn-Dill-Kreises. Sie begrüßt die Abgeordneten, Landrat Wolfgang Schuster, Ersten Kreisbeigeordneten Wolfgang Hofmann, Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Roland Wegricht, den Ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Günther Kaufmann-Ohl und die weiteren ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten. Weiter begrüßt sie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltung sowie Zuhörerinnen und Zuhörer.

Vorsitzende Müller stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Zu der Sitzung wurde mit Schreiben vom 09. Januar 2007 form- und fristgerecht eingeladen.

Mit der Einladung sind die Beratungsunterlagen zur heutigen Sitzung versandt worden. Wie man dem äußeren Erscheinungsbild der Einladung entnehmen konnte, wurde diese erstmalig im neuen Ratsinformationssystem erstellt. Je nachdem, wie viel Vorlagen sich angesammelt haben, werden diese künftig, unabhängig von den Einladungen zu den Gremiensitzungen, wöchentlich versandt. **Vorsitzende Müller** empfiehlt, einen Ordner anzulegen und die Beratungsunterlagen, sortiert nach Drucksachenummern, dort abzuheften. So kann man sich zu jeder Sitzung die entsprechenden Vorlagen herausnehmen.

Die amtliche Bekanntmachung der Kreistagssitzung in der Wetzlarer Neuen Zeitung mit Nebenausgaben für das Kreisgebiet erfolgte am 25. Januar 2007.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 10. Januar 2007 für die auf der Tagesordnung stehenden Beratungspunkte und für den Sitzungstermin sein Benehmen hergestellt.

Änderungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht, so dass diese als genehmigt gilt.

Vorsitzende Müller macht ferner darauf aufmerksam, dass anstelle einer Aufstellung über die vorliegenden Tischvorlagen heute erstmals ein „Mitteilungsblatt“ vorliegt, aus dem neben den Tischvorlagen, den Fragen zur Fragestunde und, soweit sich gegenüber den Ursprungsvorlagen Änderungen ergeben haben, diese dort aufgeführt sind.

Zum Organisatorischen berichtet **Vorsitzende Müller** weiter, dass der Hausfrauenbund mitgeteilt hat, dass sich die Bewirtung für ihn nicht mehr lohnt, weil für die Abendstunden Personal extra bezahlt werden muss. Es ist daher folgender Kompromiss gefunden worden: Die Bewirtung für den Kreistag mit Essen und Warmgetränken wird in der Zeit von 18:00 Uhr – 20:00 Uhr angeboten. Danach besteht die Möglichkeit, sich Kaffee oder Tee per Selbstbedienung aus den bereitgestellten Thermoskannen zu holen.

Um den Sitzungsablauf zu straffen hat sich der Ältestenrat darauf verständigt, bei einstimmigen Beschlüssen in den Ausschüssen auf einen mündlichen Bericht der Ausschussvorsitzenden zu verzichten. Das Votum der Ausschüsse ist ebenfalls aus dem vorgenannten Mitteilungsblatt ersichtlich.

Zu TOP 1

Mitteilungen des Kreisausschusses und der Kreistagsvorsitzenden

Mitteilungen des Landrates Schuster (SPD)

a) Bleiberecht

Der Kreistag hat in einer seiner letzten Sitzungen hierzu eine Resolution verfasst. Mittlerweile hat die Innenministerkonferenz eine Regelung getroffen. Staatsminister Bouffier hat zu dem Thema die Landräte und Oberbürgermeister und die Leiter der Ausländerbehörden für den 08. Februar eingeladen. Ziel der Regelung ist, wirtschaftlich und sozial integrierte Ausländer ein Aufenthaltsrecht zu geben. Auf die Anspruchsberechtigung geht er näher ein. Unabhängig von der Familie können junge Erwachsene eigene Aufenthaltserlaubnisse erhalten. Zu den Voraussetzungen dafür macht er weitere Angaben, wie auch zu dem im Lahn-Dill-Kreis betroffenen Personenkreis. Mit Ausnahme der Stadt Wetzlar handelt es sich hierbei im Lahn-Dill-Kreis um ca. 250 Personen, wobei der Hauptanteil dieses Personenkreises aus der Türkei und aus Serbien und hier speziell aus dem Teilgebiet Kosovo kommt. Von diesen 250 Personen haben bis zum heutigen Tag 167 Personen Anträge gestellt. 16 Anträge wurden zustimmend beschieden.

b) „PPP-Modell“

Wie man aus der Presse erfahren konnte, hat zwischenzeitlich eine Vertragsunterzeichnung stattgefunden. Inzwischen ist auch die haushaltsrechtliche Genehmigung von der Aufsichtsbehörde eingegangen.

c) Schächten

Noch nicht eingegangen ist die Urteilsverkündung vom 23. November 2006 zum Thema Schächten. An Sylvester hat das islamische Opferfest stattgefunden und auf Grundlage dieses Urteils des Verwaltungsgerichtshofes in Kassel ist das Schächten mit Auflagen erlaubt worden. Der hessische Landtag hat zwischenzeitlich eine Gesetzesinitiative angeregt, wobei der Tierschutzparagraph dahingehend geändert werden soll, dass die Tiere vorher zu betäuben sind. Es bleibt zunächst der Eingang der Urteilsbegründung und eine gegebenenfalls neue Rechtslage abzuwarten.

d) Anfrage der CDU bezüglich der Stundenleistung des ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Kaufmann-Ohl

Hierzu berichtet Landrat Schuster (SPD), dass dem Genannten am 20. Juli 2006 als ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter die Verantwortung des Fachbereiches 4 übertragen worden ist. Seit dieser Zeit bis heute hat Herr Kaufmann-Ohl monatlich durchschnittlich 65 Stunden zur Verfügung gestanden und entsprechend Verdienstaufschlag nach der Entschädigungssatzung abgerechnet.

Mitteilungen des Ersten Kreisbeigeordneten Hofmann (FWG)

Regionalplan Mittelhessen

Die Stellungnahme des Lahn-Dill-Kreises dazu ist beim Regierungspräsidium eingegangen. Über die vorgebrachten Anregungen und Bedenken entscheidet die Regionalversammlung. Es ist zugesagt, dass der Lahn-Dill-Kreis hierüber informiert wird. Aufgrund der Vielzahl der zu behandelnden Stellungnahmen hat man um Verständnis gebeten, dass voraussichtlich erst Ende des Jahres die Antwort eingehen wird.

Mitteilungen der Kreistagsvorsitzenden

a) Kreistagsitzung am 05. Februar als Ausweichtermin

Dieser Termin war vorgesehen als Ausweichtermin für die Haushaltsplanberatungen und für den Fall, dass Tagesordnungspunkte noch nicht beraten werden konnten. Da es in der Beratung der Tagesordnungspunkte keine Rückstände gibt und sich die Einbringung bzw. die Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplanes verzögert haben, entfällt dieser Sitzungstermin.

b) Sitzung des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses am 01. März 2007

Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses am 28. Februar bereits um 13:30 Uhr beginnen zu lassen, um damit dem Ausschuss die Möglichkeit einzuräumen, die Wirtschaftsplanberatungen noch an diesem Tage abzuschließen. Dadurch könnte der Ausweichtermin am 01. März entfallen und die Abteilung Finanz- und Rechnungswesen hätte einen Tag mehr Zeit, eventuelle Änderungen zum Wirtschaftsplan für den Kreistag vorzubereiten.

Zu TOP 2 Fragestunde

1. Frage des Kreistagsabgeordneten Manfred Rompf, Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Januar 2007

Das „Herborner Tageblatt“ und das „Herborner Echo“ berichteten am Samstag den 20.01.2007 über die Pläne des Evangelischen Gemeinschaftsverbandes Herborn, eine christliche Schule zu gründen. Im „Herborner Echo“ wird Herr Verbandspfarrer Hoppe wie folgt zitiert:
„Es fehlt nicht an Immobilien, sagte der Verbandspfarrer. Halte die Entwicklung an Schülerzahlen an den öffentlichen Schulen an, werde der Kreis in absehbarer Zeit fünf bis sieben Schulen schließen müssen. Allein in dem von uns ins Auge gefassten Bereich Dillenburg/Herborn gibt es mindestens drei relevante Gebäude“, erläuterte der Verbandspfarrer Hoppe.“

Frage:

Aufgrund welcher Gespräche mit Herrn Wegracht oder der Schulverwaltung beruhen die Zitate von Herrn Verbandspfarrer Hoppe?

Zusatzfrage:

Wie kommt, nach Auffassung des Dezernenten Wegracht, Herr Hoppe zu diesen Aussagen?

2. Frage des Kreistagsabgeordneten Manfred Rompf, Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Januar 2007

Hat sich der Kreisausschuss mit der demografischen Entwicklung und damit der Zukunft der Schulstandorte befasst und zu welchem Ergebnis ist er dabei gekommen?

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegracht (SPD) beantwortet beide Fragen im Zusammenhang, weil sie auf einen gleichen Sachverhalt zielen. Es gab zwei getrennte Veröffentlichungen, wobei einer der beiden die angesprochene Aussage gemacht hat. Am 03. Juli vergangenen Jahres hatte er ein Gespräch mit Pfarrer Hoppe, was kurz nach der Veröffentlichung über die Pläne dieses Trägerkreises war, nämlich eine christliche Schule im privaten Trägerkreis zu begründen. Er hat sich nach diesen Plänen erkundigt und über mögliche Auswirkungen auf das Schulangebot im alten Dillkreis diskutiert. Dabei hat man auch über die Frage gesprochen, ob der Trägerkreis unter Umständen auch bereit ist, ein Schulgebäude des Lahn-Dill-Kreises anzumieten. Hintergrund war, dass seitens des Staatlichen Schulamtes bereits eine Schule empfohlen worden war. Er geht darauf noch näher ein. Er kann sich nicht daran erinnern, Herrn Hoppe von 5 – 7 Schulen berichtet zu haben, die geschlossen werden können. Allerdings muss man aufgrund der demografischen Entwicklung und aufgrund der schulorganisatorischen Vorgaben des Landes

Hessen (Richtwerte) annehmen, dass am 01.01.2010, wenn der erste Erlass zur Einhaltung der Richtwerte eintreffen wird, nach eigener Einschätzung 5 – 7 und eventuell noch mehr Schulen diese Richtwerte nicht mehr erreichen werden, die dann gegebenenfalls geschlossen werden müssten. So kann man beispielsweise im Genehmigungserlass zum Schulentwicklungsplan nachlesen, dass die Förderstufe der Diesterwegschule zu schließen ist. Noch vor den Wahlen im März vergangenen Jahres ist im Bildungsausschuss eine umfangreiche Vorlage zu diesem Thema beraten und diskutiert worden. In der Bürgermeisterkreisversammlung und am vergangenen Mittwoch in der Schulkommission hat er seine Einschätzung der demografischen Entwicklung vorgetragen. Der Lahn-Dill-Kreis hat sich im Schulentwicklungsplan als Schulträger ausführlich mit dieser Thematik auseinandergesetzt. Dort sind auch Schulen genannt, die nach Ansicht des Kreises in Gefahr geraten. Zwischenzeitlich hat man die Erkenntnis gewonnen, dass das viel größere Problem nicht die Grundschulen sondern die weiterführenden Schulen sind. Hier spielt der demografische Wandel zusammen mit denen durch das Land erlassenen Richtwerten eine große Rolle. Dies ist eine Diskussion, die auch Pfarrer Hoppe aufmerksam verfolgt und seine Schlussfolgerungen daraus gezogen hat. Mit der demografischen Entwicklung beschäftigt man sich selbstverständlich. Dies ist entscheidende Grundlage für die Schulentwicklungsplanung. Es gibt auch Veränderungen zwischen den einzelnen Schulstandorten, die manchmal viel schneller und dramatischer verlaufen, als die Entwicklung, die die Demografie vorgibt.

Zu TOP 3

Sanierung des Dienstgebäudes A der Kreisverwaltung Karl-Kellner-Ring 51, Wetzlar
Drucksache 5/2006 - 1

Vorsitzende Müller weist darauf hin, dass als Tischvorlage eine in der Begründung aktualisierte Vorlage verteilt worden ist (Drucksache Nr. 5/2007-1). Der Ausschuss Bauen und Gebäudemanagement sowie der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss haben sich mit der Angelegenheit befasst. Beide Ausschüsse empfehlen einstimmig die Annahme der Vorlage.

Abgeordnete Fünfsinn (CDU) macht deutlich, dass die Sanierung der Kreisverwaltung im Sinne der Beschäftigten nunmehr stattfinden soll. Der Lahn-Dill-Kreis hat das Gebäude vor 13 Jahren erworben, wohlwissend, dass ein enormer Sanierungsbedarf besteht. Sie geht auf die Diskussion im Fachausschuss ein, in dem vorgeschlagen wurde, eine andere Verglasung zu wählen, um einen besseren Schall- und Sonnenschutz zu gewährleisten. Die daraufhin erstellte neue Vorlage ging dann von einer Summe von 1,85 Millionen Euro aus. Die allerdings laut Dezernent nur in der Summe aktualisiert wurde. Dies war nicht ganz zutreffend, weil der Einbau von Fenstern der Schallschutzklasse 4 empfohlen wurde. Der Wirrwarr der Vorlagen mit sich ständig ändernden Zahlen ist für sie nicht nachvollziehbar. Ihre Fraktion beantragt daher die Deckelung der Sanierungskosten auf 1,85 Millionen Euro und sie bittet, diesen Passus als Punkt 3 im Beschlussvorschlag aufzunehmen. Ansonsten stimmt ihre Fraktion der Vorlage zu.

Abgeordneter Hartert (SPD) bestätigt, dass es in der Tat hin und her ging. Es geht um ein Thema, nämlich der Sanierung des Dienstgebäudes der Kreisverwaltung. Der Vorgang beschäftigte zweimal die Ausschüsse, weil es berechtigte Nachfragen zum Schall- und Sonnenschutz gegeben hat. Diese wurden ausführlich behandelt und führten zur Verbesserung in der Ausführung. Die nunmehr aufgeführte Summe von 1,85 Millionen Euro beinhaltet auch die Beseitigung von Schallschutzmängeln, individuell von Büro zu Büro. Man hofft, dass der Aufwand nicht über die geschätzten Kosten hinauschießt. Dass die Sanierung notwendig ist, ist allgemein anerkannt.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegricht (SPD) bittet, dem Änderungsantrag hinsichtlich der Deckelung der Summe nicht zuzustimmen. Er hat in den Ausschüssen deutlich gemacht, dass er nicht bereit ist, eine solche Aussage zu treffen. Im Beschlussvorschlag heißt es klar, voraussichtlich 1,85 Millionen Euro. Eine Deckelung ist kein seriöses Umgehen miteinander, weil man bei Sanierungen nie vor Überraschungen sicher ist. Eine Deckelung vorzunehmen und hinterher

eventuell finanztechnische Reparaturen vorzunehmen, hält er nicht für sinnvoll. Nach dem jetzigen Stand der Dinge muss zunächst erst einmal ausgeschrieben werden und erst nach der Submission hat man einen Kostenanschlag und man weiß erst dann, ob man damit im Rahmen der bezifferten Summe liegt. Wenn nicht, wird er darüber berichten und man wird gemeinsam versuchen, eine Lösung zu finden. Dies geht aber erst nach der Submission. Jetzt eine Deckelung vorzunehmen, ist aus fachlicher Sicht nicht vertretbar. Die Korrektur der Vorlagen erfolgte auf Anregung aus dem Fachausschuss, worauf er näher eingeht. Es ist nichts Verwerfliches, wenn man dann in diesem Zusammenhang bei der Korrektur der Zahlen auch neue Erkenntnisse mit in die Begründung einbaut.

Fraktionsvorsitzende Kornmann (FDP) erklärt die Zustimmung ihrer Fraktion zur Vorlage. Sie geht auf das angesprochene Wirrwarr der Vorlagen ein und wie dieser zustande kam.

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) meint, dass es nicht darum geht, den Ausschuss-mitgliedern einen Vorwurf zu machen. Man hat eine hauptamtliche Verwaltung, die professionell tätig ist, um entsprechende Vorlagen zu erstellen. Es macht Sinn, über eine Deckelung nachzudenken. Es ist genau das Problem der öffentlichen Hand, dass man zunächst einen Auftrag erteilt, der dann oft nach oben hin korrigiert wird. Kein Privater würde so operieren. Deshalb fordert seine Fraktion, dass auch die öffentliche Hand entsprechend verfährt. Wenn man, wie geschehen, ein renommiertes Architekturbüro beauftragt hat, dass zu einem Ergebnis von 1,85 Millionen kommt, dann wird seine Fraktion die Letzte sein, die sich an 50.000 Euro festhält. In letzter Konsequenz muss die Absicht erkennbar sein, mit einem Betrag, welchen das Parlament zur Verfügung stellt, tatsächlich auszukommen, wobei ein Restrisiko nicht zu verkennen ist. Wenn man aufgrund des Zeitablaufes zu dem Ergebnis kommt, dass die anvisierte Summe nicht auskömmlich ist, muss das Parlament rechtzeitig darüber informiert werden. Gemeinsames Ziel sollte auch im Interesse des Steuerzahlers sein, den anvisierten Betrag einzuhalten.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegracht (SPD) empfiehlt, nicht die privaten und öffentlichen Bauherren gegeneinander auszuspielen. Gerade das „PPP-Projekt“ ist für ihn das beste Beispiel, wie gründlich, gerade von Privaten, gerechnet wird. Er erläutert dies eingehend. So zu tun, als man nicht in der Lage ist zu rechnen, geht an der Realität vorbei. Das, was vorgelegt worden ist, ist ausgiebig abgestimmt. Der Prozess wird moderiert und im Übrigen sind es private Planungsbüros, die für den Kreis arbeiten. Dann so zu tun, als ob die Einen privat und die Anderen öffentlich sind, ist falsch und er bittet von dieser Diskussion abzukommen.

Abgeordneter Dr. Valet (FWG) hält es für richtig, dass man bei der desolaten Haushaltslage darauf achtet, möglichst wenig Geld auszugeben. Er als Privatmann hat die Erfahrung bei Haussanierungen gemacht, dass man mit den geplanten Kosten nie hinkommt. Dies ist leider so, wenn man Altbauten saniert.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, lässt **Vorsitzende Müller** zunächst über den Ergänzungsantrag der CDU abstimmen, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Sanierungssumme wird auf 1,85 Millionen Euro gedeckelt“.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen (29 CDU, 2 NPD)
44 Nein-Stimmen (28 SPD, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 8 FWG,
3 FDP)
1 Stimmenthaltung (Abgeordneter Sattler, parteilos).

Damit ist der Ergänzungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Danach lässt **Vorsitzende Müller** über die Drucksache Nr. 5/2007-1 abstimmen. Der Beschluss hat folgenden Wortlaut:

Die Fensterfassaden und haustechnische Sanierung des Dienstgebäudes A Karl-Kellner-Ring 51 in Wetzlar mit einem voraussichtlichen Gesamtkostenaufwand in Höhe von 1.850.000 € wird durchgeführt.

Der Sperrvermerk für die in den Wirtschaftsplänen 2004, 2005 und 2006 für die Sanierung des ehemaligen Gesundheitsamtes eingestellten Mittel wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: Ohne Stimmenthaltungen einstimmig zugestimmt.

Zu TOP 4

Aufstellung der Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht in Gießen
Drucksache 13/2007

Vorsitzende Müller ergänzt, dass die Fraktionen aufgefordert worden sind, entsprechende Meldungen abzugeben. Der Kreisausschuss hat dem Kreistag eine Empfehlungsliste vorgelegt. Durch Abgeordnete Zutt (NPD) ist ein Antrag eingereicht worden, dass sie in die Liste mit aufgenommen werden möchte. Dies geht nicht mehr, weil die übrigen fraktionslosen Abgeordneten auch nicht angeschrieben worden sind. Angeschrieben wurden die Fraktionen und man würde dann übrigen die fraktionslosen Abgeordneten benachteiligen.

Abgeordnete Zutt (NPD) erklärt, dass sie gegen diese Aussage hiermit mündlich Widerspruch einlegt.

Vorsitzende Müller äußert sich dahingehend, dass es der Abgeordneten Zutt unbenommen bleibt, ihren Rechtsanwalt einzuschalten.

Dann lässt **Vorsitzende Müller** über die Drucksache Nr. 13/2007 abstimmen.

Beschlusstext:

Die der Drucksache Nr. 13/2007 beigefügte, nach den Vorschlägen der Kreistagsfraktionen erstellte Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht in Gießen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 73 Ja-Stimmen (CDU 29, SPD 28, FWG 8, B90/Die Grünen 5, FDP 3)
2 Nein-Stimmen (NPD)
1 Stimmenthaltung (Abg. Sattler, parteilos)

Damit ist der Vorlage mehrheitlich zugestimmt.

Zu TOP 5

Gestaltung Eintrittspreise Besucherbergwerk "Grube Fortuna"
Drucksache 9/2007

Vorsitzende Müller erklärt, dass in den beiden Ausschüssen die Angelegenheit unstrittig war und einstimmig eine Beschlussempfehlung ausgesprochen wurde.

Sie lässt alsdann über die Drucksache Nr. 9/2007 abstimmen, die folgenden Wortlaut hat:

- a) Für das Besucherbergwerk Grube Fortuna wird erstmals zur Saison 2007 ein Familienticket eingeführt. Es berechtigt maximal 2 Erwachsene und deren Kinder (i.S. der Preisgruppe Schüler, Auszubildende, Schwerbehinderte, Wehr- und Ersatzpflichtige) zum Eintritt. Für die Saison 2007 beträgt der Eintritt 20,00 €.
- b) Für das Jahr 2007 wird erstmals eine Gruppenermäßigung von 10 % auf den regulären Eintrittspreis für Personengruppen mit 10 Mitgliedern oder mehr gewährt.
- c) Die in der Anlage ausgewiesenen sowie unter a) und b) neu zu beschließenden Eintrittspreise des Besucherbergwerkes „Grube Fortuna“ werden als Rahmenpreise festgelegt mit der Maßgabe, dass die Betriebsleitung in Abstimmung mit der Betriebskommission ermächtigt wird, davon maximal bis zu 50 % nach oben oder unten abweichende Eintrittspreise bedarfsorientiert festzusetzen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig ohne Stimmenthaltungen zugestimmt.

Zu TOP 6

Kündigung des Vertrages zwischen Förderverein Grube Fortuna und Lahn-Dill-Kreis;
Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 12. Dezember 2006
Drucksache 12/2007

Fraktionsvorsitzende Kornmann (FDP) kritisiert, dass man im Kreistag unter Mitteilungen oft in epischer Breite über Sachverhalte informiert wird, bei denen man sich manchmal fragt, ob dies notwendig ist. In der letzten Kreistagsitzung wurde den Abgeordneten kurz und knapp mitgeteilt, dass der Kooperationsvertrag zwischen dem Förderverein „Grube Fortuna“ und dem Lahn-Dill-Kreis aufgelöst worden ist. Dies konnte man tags darauf in der Presse nachlesen. Es wurde eine Darstellung aus der Sicht des Dezernenten gegeben. Am 24.12 gab es eine Gegendarstellung des Fördervereins. Da man sich aus beiden Artikeln keinen Reim machen kann, hat ihre Fraktion am Tag nach der Kreistagsitzung am 12. Dezember einen Antrag gestellt, der nun vorliegt. Man will die Hintergründe erfahren, wie es zur Auflösung dieses Kooperationsvertrages gekommen ist. Ferner will man auch erfahren, wie die neuen konzeptionellen Veränderungen angedacht sind. Sie erinnert daran, dass am 14. Dezember 2005 die Vertragsunterzeichnung mit dem Ziel der Erhaltung der „Grube Fortuna“ stattfand. Seit vielen Jahren beschäftigt dieses Thema den Kreistag mehr oder weniger intensiv. Ihre Fraktion hat immer konstruktive Vorschläge zum Erhalt der „Grube Fortuna“ unterbreitet. Man war froh, dass der Förderverein bereit war, dem Lahn-Dill-Kreis aus der Patsche zu helfen. Auf die Verdienste des Fördervereines geht sie näher ein. Die Vertragskündigung zum Ablauf des Jahres 2006 war bestimmt keine Entscheidung, die man über Nacht gefasst hat und wenn man die Kooperationsverträge liest, steht unter § 3, dass man sich bei Schwierigkeiten monatlich gegenseitig zu informieren hat. Das Parlament hat davon nichts erfahren. Bereits am 28. November 2006 hat die Betriebskommission entschieden, den Vertrag zu kündigen mit der Begründung, dass die Vertragsbedingungen sehr unterschiedlich ausgelegt werden. In der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses am 25. Januar 2007 waren unter anderem die Quartalsberichte des 3. Quartals 2006, auch der, der „Grube Fortuna“. Sie erinnert daran, dass die Zusage gemacht wurde, die Quartalsberichte zeitnah vorzulegen. Dies wird ignoriert, denn der KA hat bereits am 06. Dezember 2006 und die Betriebskommission vorher die Quartalsberichte zur Kenntnis genommen. Diese Berichte hätten zeitgleich, unabhängig vom Kreisausschuss, in die Gremien eingebracht werden können. Sie kritisiert, dass der Bericht nicht bereits am 05. Dezember 2006 im Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss vorgelegt worden ist. Als man sehr kritisch dann später den Bericht im Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss beraten hat, hat der Dezernent gesagt, die Reihenfolge der Gremienberatung wäre einzuhalten. Dies ist falsch. Sie fordert daher eine zeitnahe Information ein. Durch den Geschäftsführer wurde der Quartalsbericht

bereits Anfang 2006 vorgelegt. Darin steht, dass der Kooperationsvertrag mit dem Förderverein nach dem ersten Erfahrungsjahr weiterentwickelt werden muss mit dem Ziel, eine ausgewogene Lastenverteilung zu erreichen. Mit niemand ist diskutiert worden, dass der Verein den Eindruck hat, dass die Lastenverteilung nicht ausgewogen ist. Die kurze Mitteilung im Kreistag hat ihre Fraktion veranlasst, beim Förderverein nachzuhaken. Von dem Vorsitzenden des Vereins Herrn Porezag ist darauf hin eine schriftliche Stellungnahme verfasst worden, warum es zu einer Kündigung des Vertrages gekommen ist. Diese schriftliche Stellungnahme ist an alle Fraktionsvorsitzenden und den Dezernenten gerichtet worden. Auf Nachfrage im Haupt- und Finanzausschuss, ob die Stellungnahme inzwischen eingegangen ist, stellte sich heraus, dass die zitierten Briefe sich noch beim Büro der Kreisorgane befanden. Wenn man fragt wie das gelaufen ist, ist dies eine Schlamperie, und zwar deshalb, weil Zusagen, die gemacht wurden, nicht eingehalten werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Parlamentarier ständig missachtet werden. Von Herrn Schuster als neuen Landrat wünscht sie sich, dass „in dem Laden aufgeräumt wird“. Der neue Entwurf des Haushaltsplanes berücksichtigt diese Vertragskündigung noch nicht. Sie fragt sich, ob noch eine Änderung kommt. Der Geschäftsführer des Eigenbetriebes hat in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses erklärt, dass der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes in der vorgelegten Form nicht herausgegeben werden kann und einer Korrektur bedarf. Sie bittet dem Antrag ihrer Fraktion zuzustimmen, damit man endlich erfährt, was hinter den Kulissen gespielt wird. Es ist ein Skandal, dass lediglich in einer knappen Erklärung der Kreistag über die Zukunft der „Grube Fortuna“ informiert wird.

Vorsitzende Müller erklärt, dass die Briefe an die Fraktionsvorsitzenden beim Kreistagsbüro eingegangen sind und dort die Brisanz der Angelegenheit offensichtlich falsch eingeschätzt wurde. Es war vorgesehen, diese Briefe heute den Fraktionsvorsitzenden auszuhändigen. Es war keine Absicht, dass die Schreiben nicht unverzüglich an die Hausadressen der Fraktionsvorsitzenden versandt wurden.

Erster Kreisbeigeordneter Hofmann (FWG) erklärt, dass er eine Kopie des Schreibens, das an die Fraktion gerichtet war, erhalten hat. Er ist davon ausgegangen, dass der Förderverein seine Post unmittelbar den Fraktionsvorsitzenden zugestellt hat. Seine Informationen in der letzten Kreistagsitzung waren in der Tat relativ kurz, aber beinhalteten das Wesentlichste. Er weist darauf hin, dass der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes, der im Spätsommer bzw. Herbst des vergangenen Jahres aufgestellt wurde, in der Tat davon ausging, dass der Vertrag mit dem Förderverein weiter Bestand hat. Der Förderverein hat den Vertrag gekündigt und die Kündigung wurde unmittelbar vor der Betriebskommissionssitzung bestätigt. Dies hat sich alles in sehr wenigen Tagen abgespielt. Er möchte seinen Teil dazu beitragen, dass die Berichterstattung rechtzeitig erfolgt. Falls dem Antrag stattgegeben wird, wird man selbstverständlich im Fachausschuss berichten. Alles das, was von dem Verein nicht abgedeckt werden kann, muss aus eigener Kraft von der „Grube Fortuna“ bewerkstelligt werden. Dazu gehört, dass die Werbung im angefangenen Jahr deutlich verbessert und intensiviert wird. Die Saisonöffnung ist für den 27. März vorgesehen und ab dem 20.03. können Gruppen nach Anmeldung bereits einfahren.

Abgeordneter Hund (CDU) meint, dass man sich bei diesem Thema immer wieder im Kreise dreht. Von der finanziellen Seite betrachtet ist die Fortuna ein Unglück. Man bemüht sich kontinuierlich, die Besucherzahlen zu erhalten, wobei im letzten Jahr gerade einmal über 20.000 Besucher gekommen sind. Alle bisher eingeleiteten Maßnahmen, auch bezüglich des Preises, werden nicht helfen. Entweder man schafft es die „Grube Fortuna“ wirklich als ein Highlight zu vermarkten und deutlich mehr Besucher zu akquirieren, wobei man sich von dem Glauben verabschieden muss, dass die Besucher aus dem Lahn-Dill-Kreis kommen. Man hat es mit einem Marketingaspekt zu tun, den man sich nicht traut, deutlich auszusprechen. Wenn man in der heimischen Region eine Marktsättigung erreicht hat, muss man mit anderen Mitteln an das Thema gehen oder man muss es lassen, oder man muss sich vergegenwärtigen, dass es jährlich einen Zuschussbetrag von mehreren 100.000 Euro geben muss. Man muss sich Klarheit darüber verschaffen, ob man sich diese Grube

leisten will oder nicht. Und wenn man sie sich leisten will, ist darüber nachdenken, wie man deutlich mehr Besucher bekommen kann. Wenn das nicht geht, müssen andere Entscheidungen getroffen werden, was aber vom Kreishaus aus nicht zu steuern ist. Er empfiehlt, professionelle Marketing- und Touristikunternehmen einzuschalten. So gibt es beispielsweise ein zentrales Unternehmen in Deutschland, die Firma Grimm, die man einschalten könnte. Ein weiteres großes Unternehmen ist in Gießen ansässig. Es sollte mit den Methoden, die normalerweise in der Touristikbranche üblich sind, gearbeitet werden, um das Kulturdenkmal „Grube Fortuna“ zu vermarkten. Seine Fraktion schlägt vor, Profis einzuschalten. Wenn das nicht funktioniert, hat man wenigstens fundamentale Grundlagen, um anders entscheiden zu können. Nach seiner Erkenntnis liegt es nicht am Preis, dass die Besucherzahlen rückläufig sind sondern an der Marktsättigung.

Abgeordneter Engel (SPD) meint, dass Konsens darüber besteht, die „Grube Fortuna“ weiter zu erhalten. Er stellt klar, dass die Betriebskommission immer einheitlich den Anliegen des Fördervereins Rechnung getragen hat. Man darf nicht etwas skandalisieren wollen, was überhaupt kein Skandal ist. Die Dinge sind schwierig an sich und alle Beteiligten haben versucht, nach bestem Wissen und Gewissen, diese zu bewältigen. Die Problematik des Vertrages war, dass von vornherein auch dem Förderverein bewusst war, dass das, was er mit diesem Vertrag leisten sollte, außerordentlich schwierig sein würde. Man hat dies seinerzeit als eine experimentelle Phase bezeichnet. Die Problematik liegt darin, dass die Ehrenamtlichen hinsichtlich ihres Einsatzes an Grenzen stoßen. Es ist eine grundsätzliche Entscheidung, ob man die „Grube Fortuna“ als Kulturdenkmal erhalten will und wenn ja, geht dies nicht zum Nulltarif. Er hat den Eindruck, dass der Förderverein dem Eigenbetrieb und umgekehrt nichts vorgeworfen haben. Es hat sich eine Situation ergeben, die es vernünftiger erscheinen lässt, so zu verfahren wie verfahren worden ist, das heißt, letztendlich sollten Verantwortungen für verschiedene Bereiche wieder an den Eigenbetrieb übergehen. Für die nächsten Jahre müsste wieder eine gewisse Summe im Haushaltsplan eingestellt werden, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Wenig Sinn macht es, jedes Jahr eine Grundsatzdiskussion zu führen. Nichts dagegen spricht, dass professionelle Vermarktungskonzepte erstellt werden.

Abgeordneter Hund (CDU) beantragt, den FDP-Antrag um folgende Passage zu ergänzen:

„Professionelle Vermarktungskonzepte sollen mit geprüft werden“.

Auf Befragen der Vorsitzenden erklärt sich die antragstellende Fraktion mit dieser Ergänzung einverstanden.

Vorsitzende Müller lässt nunmehr über den ergänzten Beschlussvorschlag, der folgenden Wortlaut hat, abstimmen:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, im zuständigen Fachausschuss über die Hintergründe der beiderseitigen Kündigung des Vertrages zwischen dem Lahn-Dill-Kreis und dem Förderverein „Grube Fortuna“ zu berichten. Darüber hinaus soll dargelegt werden, welche konzeptionellen Konsequenzen der Kreisausschuss zur langfristigen Sicherung des Betriebes des Besucherbergwerkes entwickelt hat.

Ergänzungsbeschluss:

Professionelle Vermarktungskonzepte sollen mit geprüft werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig ohne Stimmenthaltungen zugestimmt.

Zu TOP 7

Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2007 sowie Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe des Lahn-Dill-Kreises;

1. Feststellung des Entwurfs und Beschlussfassung des Investitionsprogramms des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2006 bis 2010
2. Kenntnisnahme, Beratung und Beschlussfassung der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill (AEWLD), Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung und Besucherbergwerk "Grube Fortuna" für das Wirtschaftsjahr 2007
3. Feststellung des Entwurfs und Beschlussfassung der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2007 mit Haushaltsplan

Drucksache 8/2007

Die Einbringungsrede des Landrates ist als Anlage Nr. 1 der Niederschrift beigelegt.

Zu TOP 8

NPD-Antrag vom 04. Januar 2007;

hier: Einheitliche Schulkleidung

Drucksache 32/2007

Abgeordnete Zutt (NPD) erläutert, dass jüngsten Presseberichten zufolge sich das „Projekt einheitliche Schulkleidung“ an einer Grundschule im Main-Kinzig-Kreis bewährt hat. Einerseits sind die gewünschten Effekte eingetreten und andererseits wird das Projekt sowohl von Schülerinnen und Schülern als auch von den Eltern gut angenommen. Die besagte Grundschule hatte sich auf Betreiben der dortigen Schulleiterin für das Modellprojekt des Kreises beworben. Seit dem bezuschusst der Main-Kinzig-Kreis die Anschaffung der Einheitskleidung durch die Schule. Befürworter des Modells sagen, dass ein positives Zusammengehörigkeitsgefühl entstanden ist und es den Kindern nicht mehr so wichtig ist, Markenkleidung zu tragen. Gerade in der heutigen materialistischen Zeit, in der der Einzelne aufgrund seines Besitzes positiv oder negativ beurteilt wird, ist eine derartige Einrichtung in jedem Fall zu begrüßen. Das Streben nach teurer und moderner Kleidung führt nicht selten zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Kindern. Der Kriminalität unter Kindern und Jugendlichen wird dadurch rasant Vorschub geleistet und es kommt zu sozialer Ausgrenzung. Die Entscheidung für eine einheitliche Schulkleidung scheint ein Mittel zu sein, um diesen negativen Einflüssen entgegenzuwirken.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) hält den vorliegenden Text des Antrages für sachlich und juristisch falsch. Nicht der Lahn-Dill-Kreis als Schulträger ist in dieser Frage zuständig sondern die Schulen selbst. Die Schulen entscheiden selber, ob sie einheitliche Schulkleidung einführen wollen oder nicht. Weil dieser Antrag sachlich und juristisch falsch ist, beantragt sie die Nichtbefassung.

Vorsitzende Müller lässt über diesen Antrag auf Nichtbefassung wegen Unzuständigkeit abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Bei 2 Gegenstimmen (NPD), ohne Stimmenthaltungen mit den restlichen Stimmen des Hauses zugestimmt.

Folglich befasst sich der Kreistag wegen Unzuständigkeit nicht mit dem Antrag der NPD (Drucksache Nr. 32/2007).

Zu TOP 9

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02. Januar 2007;

hier: Energiebericht 2006

Drucksache 33/2007

Abgeordneter Dr. Preuschoff (CDU) meint, dass man als Kreistag schlecht beraten wäre, wenn man nicht das Angebot der Verwaltung aufgreifen würde. Der Energie- und Bauzustandsbericht 2006 liegt vor und darin wird das Angebot konkretisiert, welches nur erkennbar für denjenigen ist, der den Bericht gut durchgearbeitet hat. Er zitiert aus dem Bericht: „Soweit die grundsätzliche Bereitschaft des Kreistages zu einem entsprechenden Vorgehen besteht, nämlich der Bereitschaft der Verwaltung, eine Vorlage zu erarbeiten, aus der ersichtlich ist, welcher Ertrag wann bei einem Einsatz einer bestimmten Summe erzielt werden kann (Energiemanager).“ Die CDU möchte mit ihrem Antrag dieses Angebot aufgreifen und stellt daher diesen Ergänzungsantrag. Er nimmt Bezug auf die Tischvorlage, die diesen Antrag ergänzt und komplexer als der Antrag seiner Fraktion ist, weil er bestimmte Richtungen angeht. Von der Struktur her unterscheiden sich beide Anträge. Der CDU-Antrag meint, dass ein Vorschlag unterbreitet werden soll, über den dann zu entscheiden ist und der Antrag von SPD, FWG und Bündnis 90/Die Grünen sagt, in welche Richtung es gehen soll und dies ist schon ein Beschluss. Insofern kollidieren beiden Anträge. In seinem weiteren Beitrag geht er auf Aussagen des Ergänzungsantrages weiter ein und sieht noch Diskussions- und Beratungsbedarf.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) widerspricht zum Teil den Ausführungen. Der gemeinsame Ergänzungsantrag sagt nicht aus, was auf regenerative Energieversorgung umzustellen ist, sondern es ist lediglich darzustellen, wie auf regenerative Energieversorgung umzustellen ist.

Fraktionsvorsitzender Rompf (Bündnis 90/Die Grünen) stellt fest, dass man bei dem Antrag zur Energieeinsparung eine weitgehende Übereinstimmung hat. Daher wird es nicht zu heftigen Auseinandersetzungen kommen. Der Energiebericht ist eine gute Grundlage für weitere Beratungen. Darin sind einige Vorschläge unterbreitet und der Kreistag sollte diese aufnehmen. Aufgrund der Prognosen zum Klimawandel sind alle Regierungen dabei, sich Klimaziele zu setzen. Ausgehend vom Kyoto-Protokoll ist man gehalten, dass sich die Mitgliedsstaaten solche Ziele setzen. Auch auf kommunaler Ebene sollte ein Beitrag dazu geleistet werden. Die Vielzahl der Immobilien des Lahn-Dill-Kreises führen zu einem doppelten Problem, nämlich einmal zu den steigenden Energiekosten und zum anderen bestehen zum Teil veralterte Anlagen, die nicht dazu beitragen, dass man eine ökologische Energieversorgung aufbaut. Mit dem Ergänzungsantrag wird der Dezernent gebeten, ein Konzept zu entwickeln, nämlich, dass überlegt werden soll, wie zukünftig auf regenerative Energieversorgung umgestellt werden kann. Dabei soll das Instrument des Energiecontractings verstärkt genutzt werden. Weiterhin sollte man sich klare Ziele setzen, wie z. B. der Lahn-Dill-Kreis in den nächsten 10 Jahren den CO² Ausstoß verringern will. Er schlägt vor, beide Anträge zusammenzuführen und gemeinsam darüber abzustimmen.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegricht (SPD) sieht in dem, was er als zuständiger Baudezernent tut und was die Koalition und die CDU beantragt, keinen Widerspruch. Das Angebot der Verwaltung in dem zitierten Energiebericht ist es gewesen, mehr zu tun und man will natürlich mit dem Parlament und den Fachleuten ins Gespräch kommen, wie weit man gehen und welche Ziele man erreichen will. Zu dem, was in der Vergangenheit auf diesem Gebiet getan wurde, macht er weitere Ausführungen. Wenn man aufgefordert wird, entsprechende Konzepte zu entwickeln, wird man auch den Zielkonflikt deutlich machen. Auch dies erläutert er näher.

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) bittet um eine redaktionelle Änderung des Ergänzungsantrages der Fraktion von SPD, FWG und Bündnis 90/Die Grünen. Im ersten Absatz müsste es heißen: „Dabei ist darzustellen, ob und wie auf regenerative Energieversorgung umgestellt werden kann“.

Damit erklären sich die antragstellenden Fraktionen einverstanden, so dass **Vorsitzende Müller** über den Antrag der CDU (Drucksache Nr. 33/2007) der um den gemeinsamen Antrag von SPD, FWG und Bündnis 90/Die Grünen und der redaktionellen Änderung ergänzt werden soll, abstimmen lässt.

Der Beschlusstext hat nunmehr folgenden Wortlaut:

„Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Fortschreibung zum vorgelegten „Bauzustands- und Energiebericht 2006“ im Rahmen eines Konzeptentwurfes einen konkreten Vorschlag zur Energieeinsparung bei kreiseigenen Gebäuden zu erarbeiten.

Dabei ist darzustellen, ob und wie auf regenerative Energieversorgung umgestellt werden kann. Ebenso sind Energiecontractingkonzepte für die kreiseigenen Gebäude zu prüfen.

Der Kreisausschuss wird aufgefordert unter Berücksichtigung der bisherigen Beschlüsse des Kreistages zu Energieeffizienz und Energieeinsparung – konkrete Klimaschutzziele – Verringerung des CO² Ausstoßes für die nächsten 10 Jahre festzulegen.

Ziel ist es bei allen zukünftigen Neubauten oder Gebäudesanierungen eine effiziente und ökologische Energieversorgung zu wählen“.

Abstimmungsergebnis: Ohne Stimmenthaltungen einstimmig zugestimmt.

Zu TOP 10

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02. Januar 2007;
hier: Ausschuss Bildung/Jugend/Familie/Senioren
Drucksache 34/2007

Abgeordneter Dr. Preuschoff (CDU) kommt auf den Änderungsantrag zum ursprünglichen Antrag seiner Fraktion zu sprechen. Der Änderungsantrag bezieht sich inhaltlich darauf, dass seine Fraktion sich nicht mehr festlegen möchte auf einen Fachbereich 3 und auf einen Ausschuss „Bildung“. Denn wenn man die Struktur der Kreisverwaltung kennt, ist wohl der Fachbereich 4 der, der sich des Themas am ehesten annehmen müsste. Ziel des Änderungs-antrages ist folgendes: Auf Seite 8 des Altenhilfeplanes heißt es: „Die Arbeitsgruppe Altenhilfeplanung beschäftigt sich mit den Lebenslagen von Menschen ab 60 Jahren“. Dann wird im Plan festgestellt, dass man sich damit in der dritten Lebensphase befindet und davon 23 % der Bewohner des Lahn-Dill-Kreises betroffen sind. Dieser Personenkreis wird entsprechend der Struktur der Verwaltung der Altenhilfeplanung zugeordnet. Daneben gibt es noch „rüstige Senioren“, die oft ehrenamtlich tätig sind und deren Engagement und Kompetenz sollte für allgemeingesellschaftliche Aufgaben in Anspruch genommen werden. Darum geht es im Antrag.

Abgeordneter Dr. Valet (FWG) liest den Inhalt des CDU-Antrages vor. Mit dem Begriff „Senioren“, der letztendlich dem Fachbereich von Herrn Kaufmann-Ohl zugeordnet ist, hat man kein Problem. Dies macht auch Sinn, genauso wie, dass man den korrespondierenden Ausschuss mit dem entsprechenden Fachbereich zusammen hat. Wenig Sinn macht es, einen Ausschuss für Senioren und einen Ausschuss für rüstige Senioren einzurichten. Letztendlich haben alle Senioren das gleiche Problem, unabhängig ob rüstig oder nicht. Dies sind die faktischen Rentenkürzungen seit 4 Jahren, wie man mit Freizeit umgeht und gesundheitliche Probleme. Von daher macht die Unterscheidung zwischen rüstig und unrüstig keinen Sinn. Für ihn ist wichtig, dass man die Integration von Senioren ernsthaft betreibt. Vielfach leiden Senioren unter einer gewissen Form von Isolation, wozu er

weitere Ausführungen macht. Seine Fraktion vertritt die Auffassung, dies in einem Fachbereich zu bündeln, und zwar im Fachbereich 4 unter der Leitung von Herrn Kaufmann-Ohl.

Abgeordneter Bökel (SPD) unterstützt die Ausführungen seines Vorredners inhaltlich voll. Insbesondere was die Differenzierung der Altersgruppen betrifft.

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Kaufmann-Ohl (Bündnis 90/Die Grünen) hat den Eindruck, dass es sich bei dem Antrag um einen völlig Neuen und nicht um einen Ergänzungsantrag handelt. Man muss sich fragen, ob dies die angemessene Antwort ist auf das, was man als demografischen Wandel bezeichnet und die Senioren in Rüstige und nicht Rüstige unterteilt. Es gibt einen Fachdienst, der zwar nicht Fachdienst für Senioren heißt, aber nach SGB XII einen umfassenden Beratungsauftrag für alle älteren und alten Menschen hat. Vor einigen Jahren hat es im Kreistag einen Antrag zur Bildung eines Seniorenbeirates gegeben. Zu diesem Thema wurden seinerzeit die Vereine und Verbände die sich mit dem Thema beschäftigen sowie die bestehenden Seniorenbeiräte eingeladen. Überwiegend ist gesagt worden, dass es dafür keinen Bedarf gibt. Man fühlt sich in den Seniorenbeiräten vor Ort richtig aufgehoben und richtig eingesetzt. Die Senioren planen für sich selber. Insofern besteht kein Bedarf. Er ist bereit, die Frage eines Kreissenorenbeirates- oder Beauftragten aufzugreifen, wobei er vermutet, dass man nicht zu anderen Antworten kommt. Womit man sich beim Lahn-Dill-Kreis beschäftigt, ist die sogenannte Beratungs- und Koordinierungsstelle. Auch hierzu macht er weitere Ausführungen. Er hält den Antrag für nicht erforderlich und bittet, diesem nicht zuzustimmen.

In einer Zwischenfrage erkundigt sich **Abgeordneter Dr. Preuschoff (CDU)** nach dem Namen des Fachdienstes, dem die Senioren zugeordnet sind.

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Kaufmann-Ohl (Bündnis 90/Die Grünen) antwortet: „Wenn die Frage darauf hinaus läuft, dass in der Bezeichnung des Fachdienstes der Begriff „Senioren“ vorkommt, das tut er nicht. Das ist der Fachdienst 4, der sich mit der Grundsicherung im Alter befasst.“

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, lässt **Vorsitzende Müller** über den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion in der neuen vorliegenden Fassung vom 15.01.2007 abstimmen, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Kreisausschuss wird aufgefordert, die Verwaltung um einen Fachdienst/ServiceDienst „Senioren“ zu ergänzen. Je nach Zuordnung zu einem Fachbereich sollte dann die fachliche Zuständigkeit des Ausschusses „Bildung, Jugend und Familie“ oder des Ausschusses „Soziales, Arbeit und Integration“ um den Bereich „Senioren“ erweitert werden. Die Bezeichnung des entsprechenden Ausschusses soll ergänzt werden um den Begriff „Senioren“.

Abstimmungsergebnis:	29 Ja-Stimmen	(CDU)
	44 Nein-Stimmen	(SPD 28, FWG 8, B90/Die Grünen 5, FDP 2, 1 Abg. Sattler, parteilos)
	3 Stimmenthaltungen	(NPD 2, FDP 1)

Zu TOP 11

Gemeinsamer Antrag von SPD, FWG, B90/Die Grünen vom 08.01.2007;
hier: Demographie und Schulentwicklung

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) bemerkt, dass man in der Vergangenheit eine Arbeitsgruppe hatte, die Schulentwicklungsfragen sehr positiv, sachorientiert und über Parteigrenzen hinweg bearbeitet hat. Dies war das erfolgreiche Projekt „Schulentwicklung im Konsens“. Schulentwicklungsfragen sind zu wichtig, als dass sie Parteiengezänk zum Opfer fallen. Wenn man will, dass für alle Schülerinnen und Schüler im Lahn-Dill-Kreis ein gutes Bildungsangebot vorgehalten wird und alle Kinder gleiche Bildungschancen haben sollen, dann müssen die richtigen Weichen rechtzeitig in der Schulentwicklung gestellt werden. Es sollte daher nicht bis 2010 gewartet werden, bis das Land uns mit den Richtwerten überrollt. Deshalb sollten jenseits aller Parteigrenzen gute Vorschläge für die Kinder erarbeitet werden. Daher sollte frühzeitig auf zurückgehende Schülerzahlen reagiert und eine vernünftige Schulentwicklungsplanung gestaltet werden. In dieser Arbeitsgruppe sollen alle Beteiligten konstruktiv ihre Vorschläge einbringen können. Sie bittet um Zustimmung zu dem Antrag.

Abgeordneter Steinruck (CDU) kündigt einen Änderungsantrag an, der die Veränderungen der demografischen Entwicklung berücksichtigt. Seine Fraktion möchte über den rein schulischen Aspekt hinausgehen und das Gesamtproblem anpacken. Er liest den Antrag vor. Dem Antrag der SPD wird seine Fraktion nicht zustimmen. Seine Fraktion akzeptiert die Mehrheitskoalition, wird sich aber nicht in eine Art übergroßen Koalition zum Beschluss zwingen lassen. Die Koalition trägt die Verantwortung, wie die Entwicklung im Lahn-Dill-Kreis weitergeht. Dafür sind 4 Fachbereichsleiter benannt worden. Er geht davon aus, dass die Regierungskoalition diese Verantwortung auch gestalten will und nicht weiter die Spielchen betreiben sollte, wie beispielsweise die Größe der Ausschüsse, um die Mehrheit zu stärken. Dies ist kein Vorbild von Demokratie. Seine Fraktion erwartet vom Dezernenten und die ihn stützenden Fraktionen, dass die Arbeit geleistet wird. Dafür hat man einen hauptamtlichen Dezernenten. Erwartet wird, dass vom Dezernenten Vorschläge und Vorlagen für den Kreistag erarbeitet werden, wie es in der Schulentwicklung weitergehen kann. Im Fachausschuss kann dann gründlich darüber diskutiert und möglicherweise im Kreistag im Konsens Beschlüsse gefasst werden. Allerdings sieht er die Gefahr, dass die Bereitschaft im Konsens zu arbeiten, sich möglicherweise verringern wird, wenn man bedenkt, dass die Kandidatin für den Ministerpräsidententitel für eine Einheitsschule plädiert. Wenn dann wieder der Kampf um Schulformentwicklung, der eigentlich als beendet betrachtet wurde, geführt werden muss, kann er sich nicht vorstellen, wie man in gemeinsamer Arbeit zu einem Konsens kommen will. Er bittet um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

Abgeordneter Schmidt (FDP) erinnert daran, dass die FDP-Fraktion im Jahr 2003 mit einem Antrag den Anstoß gegeben hat, dass ein Projekt „Schulentwicklung im Konsens“ entstanden ist und wenn man es für richtig hält, dass im Bereich Schulbausanierung im Konsens Entscheidungen zu treffen sind, ist es die Auffassung seiner Fraktion, gerade mit Blick auf die demografische Entwicklung, nicht bruchstückhaft sondern insgesamt in Form einer Projekt-Struktur das Thema anzugehen. Von daher ist es für seine Fraktion nur konsequent, bei einem solchen Projekt, wenn es zustande käme, mitzuwirken. Daher unterstützt seine Fraktion den Antrag von SPD, FWG und Bündnis 90/Die Grünen, was nicht bedeutet, dass damit die politischen Verantwortlichkeiten erledigt sind. Das, was in diesem Projekt erarbeitet worden ist, wird politisch zu werten sein. Zu dem Ergänzungsantrag der CDU führt er aus, dass sich der gemeinsame Antrag von SPD, FWG und Bündnis 90/Die Grünen mit einem konkreten Projekt befasst, dessen Auslöser die Demografie ist, aber nicht dass alleinige Thema. Daher ist der CDU-Antrag kein Ergänzungsantrag sondern ein selbstständiger Antrag, in dem es um etwas ganz anderes geht. Dabei ist seine Fraktion gerne bereit, an anderer Stelle zu diesem Thema Stellung zu nehmen und gegebenenfalls auch zuzustimmen. Nur in diesem Zusammenhang passt er nicht und von daher wird seine Fraktion dem Ergänzungsantrag der CDU nicht zustimmen.

Abgeordnete Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen) sieht den Ergänzungsantrag der CDU ebenfalls als einen eigenständigen Antrag an. Das die CDU bei Anträgen, die politisch nicht gefährlich sind, sich nicht überwinden kann, hält sie für keinen guten Ansatz einer konstruktiven Mitarbeit. Sie plädiert für den gemeinsamen Antrag der Fraktion von SPD, FWG und Bündnis 90/Die Grünen und sieht den CDU-Antrag als eigenständigen Antrag, der heute abgelehnt werden sollte. Es geht darum, dass die Kommune gemeinsam mit dem Land Hessen die Schulentwicklung und den Standort Lahn-Dill-Kreis überprüft und versucht, mit der vorhandenen Qualität, das Angefangene gemeinsam und konstruktiv fortzusetzen.

Abgeordnete Zutt (NPD) hält die Diskussion ob CDU oder SPD Schuld hat, für interessant. Beide großen Volksparteien haben abwechselnd in Berlin regiert und jede ist dafür verantwortlich, was heute auf Kreisebene passiert. Ganz besonders sind diejenigen verantwortlich, die die ganzen Jahre, wie Fraktionsvorsitzende Hartmann das auch sagt, „der Bauch ist mir“ oder Kindermord, Abtreibung.....

Vorsitzende Müller unterbricht den Redebeitrag und ermahnt Abgeordnete Zutt (NPD), beim Thema zu bleiben.

Dem hält **Abgeordnete Zutt (NPD)** entgegen: „Je mehr Kinder ich abtreibe, desto weniger Kinder habe ich in der Schule“.

Vorsitzende Müller macht deutlich, dass keine Abtreibungsdebatte geführt wird und bittet nochmals zum Thema zurückzukehren. Es geht um die Frage, wie sich die demografische Entwicklung auf die Schulen als räumliche Einheit auswirkt. Alles andere gehört nicht zum Thema und kann anderswo diskutiert werden.

Da sich **Abgeordnete Zutt (NPD)** nicht beeindrucken lässt, entzieht ihr **Vorsitzende Müller** das Wort und stellt das Mikrofon ab.

Nach kurzer Unterbrechung bittet sie Abgeordneten Rauber (SPD) um seinen Wortbeitrag.

Abgeordneter Rauber (SPD) hält den von Abgeordneten Steinruck (CDU) eingebrachten Änderungsantrag nicht für abstimmungsfähig. Er ist keine Ergänzung eines bestehenden Antrags sondern objektiv ein neuer. Insofern muss man sich mit diesem Antrag in dieser Sitzung überhaupt nicht beschäftigen. Er verweist auf § 4 Abs. 3 der Geschäftsordnung, in der es heißt, dass der Ältestenrat beauftragt werden soll, sich mit der Angelegenheit zu befassen und ihn gegebenenfalls auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung setzt. Er erinnert die CDU daran, dass sie freiwillig aus den Konsensgesprächen ausgeschieden ist. Nach seiner Auffassung ist die CDU deshalb ausgestiegen, um einen billigen Vorteil im Blick auf die Kommunalwahl im März des letzten Jahres zu erzielen. Nichts wird nachhaltiger die Schullandschaft verändern als der demografische Wandel, was allen klar werden muss. Insofern ist es triftig, dass man gemeinsam zwischen Kreis und Kommune Wege sucht, zunächst einmal zu ermitteln, welche qualitativen Veränderungen damit einhergehen und was es für die jeweils einzelne Kommune bedeuten kann. Insofern ist der Antrag nicht mehr als die Einleitung, sich darüber Gedanken zu machen um nicht völlig ohne Informationen im Jahre 2010 dazustehen sondern vorher entscheidungsfähige Daten und Grundlagen zu sammeln, um einen fairen Entscheidungsprozess mit der kommunalen Seite im Interesse der Bürgerinnen und Bürger treffen zu können.

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) führt aus, da die FDP erklärt hat, über den Änderungsantrag eventuell Beratungsbedarf zu haben, wird seine Fraktion diesen Antrag mit Freude zurückziehen und als eigenen Antrag in der nächsten Sitzung wieder einbringen. In der Sache selbst wäre es angemessen, wenn auch dieses Thema parteiübergreifend angegangen werden kann. Er kommt alsdann auf den Antrag der Regierungskoalition zu sprechen. Natürlich will man belastbare Zahlen

erhalten, wobei er unterstellt, dass man mit dem Aufstellen des Schulentwicklungsplanes solche bekommen hat. Ansonsten wäre er vom Kultusministerium gar nicht genehmigungsfähig gewesen. Andererseits müssen aber die Verantwortlichkeiten klar benannt werden. Es ist der Job der Dreierkoalition, Hausaufgaben zu machen, gemeinsam mit denen von der Regierungskoalition gestellten Fachbereichsleitern. Der Fachbereichsleiter wird dafür bezahlt, dass er sich genau diese Fragen, die angeschnitten worden sind, stellt und versucht Lösungen zu erarbeiten, Fakten zusammenzutragen um dann auf der Basis konkreter Vorstellungen dem Fachausschuss entsprechende Informationen zu liefern. Dann wird seine Fraktion jeden einzelnen Vorschlag kritisch aber konstruktiv prüfen, so wie es auch bei dem Schulentwicklungsplan geschehen ist. Der scheinbare Konsensantrag hat einen tiefer gehenden Sinn, weil es eine Frage der parlamentarischen Mehrheiten ist. Die Koalition hat 42 Abgeordnete und wenn im Rahmen des Schulentwicklungsplanes vor Ort eine Entscheidung zu treffen ist, dann werden die Abgeordneten vor Ort möglicherweise Prügel beziehen, wenn sie einer Schulschließung zustimmen. Dann geht die parlamentarische Mehrheit verloren und dies ist der springende Punkt.

Fraktionsvorsitzender Rompf (Bündnis 90/Die Grünen) meint, dass mit dem Antrag der Regierungskoalition ein Angebot an die CDU gemacht wird, das angenommen oder sein gelassen werden kann. Natürlich hat der Fachbereichsleiter die Hausaufgaben zu machen und es im Notfall so ist, dass die parlamentarische Mehrheit hier im Haus zu dem zu stehen hat, was die Koalition will. Die CDU kann sich dazu äußern, ob sie mitmachen will oder nicht. Trotz alledem müssen schulpolitische Entscheidungen getroffen werden und das Angebot zur Mitarbeit besteht.

Abgeordneter Ratz (SPD) hält die vorhin angesprochene Ausschussbildung für einen demokratischen Vorgang. Noch nicht richtig deutlich geworden ist, dass es nicht nur um einen Konsens im Kreistag geht, sondern auch darum, dass in dem Projekt die beteiligten Akteure mit an dem Prozess „Schulentwicklung im Konsens“ beteiligt sind. Daher will man den Konsens aller Beteiligten, damit das Thema in der Öffentlichkeit ohne großes Aufsehen abgehandelt werden kann und dazu sind alle eingeladen, mitzuwirken.

Abgeordneter Dr. Valet (FWG) sieht die demografische Veränderung im Bereich der Schulen als größte Herausforderung für die Zukunft. Daher ist es wesentlich, dass man diese Probleme gemeinsam löst.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) betont, dass die Regierungskoalition ihre Hausaufgaben machen wird. Sie vergleicht FDP und CDU. Die FDP bringt sich konstruktiv ein und die CDU klinkt sich aus, aus Angst vor Prügeln vor Ort.

Vorsitzende Müller fasst zusammen, dass die CDU ihren Änderungsantrag zurückgezogen hat und diesen als separaten neu einbringen wird. Sie lässt folglich über den Antrag der Regierungskoalition (Drucksache Nr. 35/2007) der folgenden Wortlaut hat, abstimmen:

Der Kreistag fordert den Kreisausschuss auf, die konkreten Folgen des demographischen Wandels, der schulorganisatorischen Vorgaben des Landes sowie der künftigen finanziellen Rahmenbedingungen auf das Schulangebot des Lahn-Dill-Kreises in einem nach dem Vorbild des Projektes „Schulentwicklung im Konsens“ gestalteten Projekt zu bearbeiten.

Abstimmungsergebnis: 45 Ja-Stimmen (SPD 28, FWG 8, B90/Die Grünen 5, FDP 3, 1 Abg. Sattler, parteilos)
30 Nein-Stimmen (CDU 28, NPD 2)
Keine Stimmenthaltungen

Damit ist der Drucksache Nr. 35/2007 mehrheitlich zugestimmt.

Elisabeth Müller

Wünscht einen guten Nachhauseweg.

Elisabeth Müller
Kreistagsvorsitzende

Norbert Grygar
Schriftführer

Datum:
29.01.2007

Rede von Landrat Wolfgang Schuster

zur Einbringung des Entwurfs des Kreishaushalts 2007 in den Kreistag des Lahn-Dill-Kreises am 29. Januar 2007

(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort !)

Sperrfrist: 29.01.2007, 17:00 Uhr

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Sie erhalten heute den Entwurf des Kreishaushalts für das Haushaltsjahr 2007, für mich als neuem Landrat des Lahn-Dill-Kreises ist dies der erste Haushalt, der unter meiner Verantwortung erstellt wurde.

Zu den Eckpunkten des Haushaltsentwurfs:

Bei einer Gesamtsumme der Erträge von 206,2 Mio. € und Aufwendungen von 228,9 Mio. € ergibt sich – leider – immer noch ein **Defizit von 22,7 Mio. EUR**. Gemessen am Haushalt des abgelaufenen Jahres, der mit einem Fehlbedarf von rund 30,2 Mio. EUR abschloss, ist dies zweifellos eine deutliche Verbesserung von rund 7,5 Mio. EUR. Es wäre aber eindeutig verfrüht, schon jetzt von einer Entspannung zu reden. Auch dieses Defizit kann langfristig nicht hingenommen werden, da es die ohnehin schon hohe Gesamtverschuldung des Landkreises noch weiter erhöht.

Pro Kopf der Kreisbevölkerung beläuft sich die Verschuldung – einschließlich der Kassenkredite – auf rund 944 €. Zum Vergleich: Die öffentliche Gesamtverschuldung beträgt im Jahr 2006 je Bundesbürger über 17.500 €.

Hinweisen muss ich noch darauf, dass der dem Kreishaushalt beigefügte Wirtschaftsplanentwurf des Eigenbetriebs Grube Fortuna infolge der bekannten Kündigung des Kooperationsvertrages mit dem Förderverein sich in zahlreichen Positionen ändern wird, so dass sich die Betriebsleitung entschieden hat, diesen komplett zu überarbeiten. Der Kreisausschuss wird Ihnen rechtzeitig vor den Ausschussberatungen die neue Entwurfsfassung vorlegen.

Lassen Sie mich vor einigen kommunalpolitischen Zielen und Schwerpunkten, die im Haushaltsplan ihren Niederschlag finden, zunächst kurz auf die allgemeine finanzielle Entwicklung eingehen.

Die Entlastungen, die sich für das Jahr 2007 ergeben werden, haben wir – dies muss fairerweise betont werden – praktisch ausschließlich Mehreinnahmen bzw. Einsparungen bei den Schlüsselzuweisungen und Umlagen im Rahmen des Finanzausgleichs zu verdanken. Dazu beigetragen haben im Wesentlichen die – erfreulicherweise – hohen Steuereinnahmen auf Bundes- und Landesebene und vor allem auch auf der Ebene der Städte und Gemeinden durch die günstige Konjunktorentwicklung.

Lassen Sie mich nach diesen Vorbemerkungen nun einige wichtige Zielsetzungen und Programme nennen, die wir im kommenden Haushaltsjahr verfolgen und ausbauen wollen und für die ich um Ihre Unterstützung und konstruktive Begleitung bitte:

1. Der Lahn-Dill-Kreis ist ein familienfreundlicher Landkreis

Die Familienfreundlichkeit soll kein wohlklingender Programmsatz sein, sondern beweist sich vielmehr bei vielen Planungen und Entscheidungen in Verwaltung und Politik.

Wir wollen das Profil des Landkreises in dieser Richtung Schritt für Schritt durch gezielte Maßnahmen befördern:

- Wir investieren massiv in Bildung und legen Ihnen erneut ein sehr umfangreiches und anspruchsvolles Schulbauprogramm mit mehr als 8,3 Mio. EUR Volumen vor.

Hinzu kommt der 2007 beginnende Neubau der Pestalozzischule und die Sanierung der Freiherr-vom-Stein-Schule im Rahmen eines pilothaften Gemeinschaftsprojekts zwischen privater Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung – besser bekannt unter dem neudeutschen Synonym „Public Private Partnership“- oder PPP-Projekt, wo wir nach intensiven Vorbereitungen und Verhandlungen jetzt auf die Zielgerade eingebogen sind. Bis zum Jahr 2032 werden sich die Gesamtkosten für dieses Projekt auf rund 40,8 Mio. EUR belaufen.

- Wir bauen die Tagesbetreuung für Kinder auf Basis des Kreistagsbeschlusses vom 6. Februar 2006 konsequent weiter aus, bis zum Jahr 2010 soll der Versorgungsgrad für Kinder unter 3 Jahren und für Grundschul Kinder in Form von angebotenen Betreuungsplätzen auf 22 bzw. 21 % erhöht werden. Im Jahr 2007 soll der Versorgungsgrad für die Kinder bis 3 Jahre um 4 % auf dann 13 % und für Grundschul Kinder um 2 % auf 17 % erhöht werden.
- Der Lahn-Dill-Kreis unterstützt ferner nach Kräften eine Seniorenpolitik, die zum Ziel hat, das Leben im vertrauten Wohnumfeld so lange wie möglich zu gewährleisten.

Als Beispiel sei hier der Ausbau niedrigschwelliger Betreuungsangebote für Demenzkranke genannt. Hier wollen wir für das Jahr 2007 ein Angebot, das regional den gesamten Kreis abdeckt. Pflegende Angehörige werden dadurch deutlich entlastet, dass sie die an Demenz erkrankten Patienten zu bestimmten Zeiten gut in einer Gruppe betreut wissen und auch einmal Zeit für sich haben. Die massiven Belastungen, die oft mit der häuslichen Pflege einhergehen, werden angemildert - auch die Lebensqualität der Erkrankten wird erkennbar verbessert. Dieses Angebot wird von ambulanten Pflegeeinrichtungen und vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern auf- und ausgebaut und vom Lahn-Dill-Kreis mit rund 28 TEUR pro Jahr kofinanziert.

Eine weitere Vernetzung wurde durch den Aufbau der „rehabilitativen Kurzzeitpflege“ in Herborn in Trägerschaft des DRK Dillkreis erreicht, das vom Lahn-Dill-Kreis in den Planungen unterstützt und dessen Betrieb durch jährliche Zuschüsse des Kreises – jährlich rund 35 TEUR – ermöglicht wird. Ziel dieser Einrichtung ist es, nach

gesundheitlicher Wiederherstellung, älteren Menschen die Rückkehr in die eigene Häuslichkeit zu ermöglichen.

Alle Maßnahmen, die stationäre Aufenthalte vermeiden, dienen nicht nur dem Erhalt der Lebensqualität, sondern führen auch meist zu finanziellen Entlastungen des Sozialhilfeträgers.

2. Der Lahn-Dill-Kreis setzt Akzente in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik im Lahn-Dill-Kreis ruht im Wesentlichen auf den Pfeilern der Lahn-Dill-Arbeit GmbH und der ab 2007 unter Verantwortung des Kollegen Kaufmann-Ohl stehenden Abteilung Soziales und Integration.

- Die zum 1. Januar 2005 gegründete Lahn-Dill-Arbeit GmbH – kurz ARGE genannt – hat beachtliche Vermittlungserfolge vorzuweisen. Für das Jahr 2006 belegen dies folgende Zahlen:
 - Insgesamt konnten 6.416 Bezieher von Arbeitslosengeld II in Erwerbstätigkeit gebracht werden, davon allein 4.234 aus der Arbeitslosigkeit und 2.182 Arbeitssuchende. In diesen Zahlen enthalten sind insgesamt 1.301 Personen unter 25 Jahren, die von besonderen Teams der ARGE für diese Zielgruppe ebenfalls in die Erwerbstätigkeit integriert werden.
 - Seit Jahresbeginn 2006 wurden 1.082 Jugendliche, die Arbeitslosengeld II beziehen, in Ausbildung vermittelt.

- Im Herbst 2006 hat der Lahn-Dill-Kreis die Funktion des Mehrheitsgesellschafters in der Lahn-Dill-Arbeit GmbH übernommen. In enger Abstimmung mit der Agentur für Arbeit Wetzlar als Mitgesellschafterin wurde mit der Geschäftsführung der Lahn-Dill-Arbeit GmbH eine Zielvereinbarung abgeschlossen. Für das Jahr 2007 sollen gerade für junge Menschen „unter 25-Jahren“ Integrationserfolge am Arbeits- und Ausbildungsmarkt gesteigert werden. Deswegen wird sich der Kreis nachdrücklich dafür einsetzen, dass für diese Zielgruppe der Betreuungsschlüssel von

1 : 75 erreicht wird. Damit wird dann der Vorgabe des Gesetzgebers entsprochen.

- Ein weiterer Mosaikstein der aktiven Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sind die Aktivitäten der kreiseigenen Altenpflegeschule in Haiger. Alle 24 Absolventinnen und Absolventen, die im Jahr 2006 ihre 3-jährige Ausbildung zur Altenpflegerin/zum Altenpfleger abgeschlossen haben, sind in Beschäftigungsverhältnisse - primär im heimischen Raum – gekommen. Der Lahn-Dill-Kreis setzt sich erfolgreich und engagiert für die berufliche Qualifizierung junger Menschen ein und trägt dazu bei, die heimische Pflegestruktur kontinuierlich zu verbessern.

3. Der Lahn-Dill-Kreis sichert eine aktive und präventive Jugendhilfe

Der Tod des zweijährigen Kevin aus Bremen, meine Damen und Herren, hat der Öffentlichkeit und den Jugendhilfeverantwortlichen vor Augen geführt, welche Brisanz in Familienstrukturen steckt, die von Armut, Suchtproblemen, Gewalt und Beziehungskonflikten geprägt sind – und was bei der präventiven Jugendhilfearbeit an Risiken oder an Versäumnissen möglich ist.

Der Jugendhilfeausschuss des Kreises wird sich weiterhin, so auch in diesem Jahr, des Themas Kinderschutz besonders annehmen, nicht nur im Rahmen seiner turnusmäßigen Sitzungen, sondern auch während einer Klausurtagung im Juni. Das soll Ihnen zeigen, welche Bedeutung diesem Themenbereich beigemessen wird.

In der Abteilung Kinder- und Jugendhilfe arbeiten sehr qualifizierte und verantwortungsbewusste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Trotz ihres hohen Engagements für das Wohl der jungen Menschen und eines ausgesprochen hohen Grades an Vernetzung und Kooperation mit anderen Stellen und Behörden kann niemand völlig ausschließen, dass sich auch im Lahn-Dill-Kreis ein Fall mit ähnlich schlimmen Folgen wie der des kleinen Kevin ereignen kann.

Erforderlich ist präventives Handeln auf zwei Ebenen:

1. Es muss gewährleistet sein, dass alle Einrichtungen, Träger und Institutionen, die über die öffentliche Jugendhilfe hinaus ihre Verantwortung für das Wohl junger Menschen wahrnehmen, entsprechend handeln und dann, wenn es erforderlich ist, das Jugendamt über eine Kindeswohlgefährdung informieren. Dazu hat der Lahn-Dill-Kreis entsprechende Vereinbarungen mit allen freien Trägern getroffen und wird dies auch noch mit den Trägern der Kindertagesstätten, Jugendhäuser etc. tun. Der dazu nötige Rechtsrahmen ist durch das neue Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz vorhanden, das den gesetzlichen Schutzauftrag auf alle Träger der Jugendhilfe ausweitet.

Die Abteilung hat einen Leitfaden zum Vorgehen bei Kindeswohlgefährdung erarbeitet, der als verbindliche Handlungsanleitung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gilt.

2. Die zahlreichen und vielfältigen präventiv ausgerichteten Angebote müssen erhalten bleiben und im Bereich der frühen Förderung ergänzt sowie ausgebaut werden. Dazu zählen etwa

- Eltern- und Familienbildung/-förderung
- Erziehungs- und Familienberatung
- Familien- und Betreuungshilfen
- Hauswirtschaftliche und Familienpflegerische Hilfen
- Unterstützung durch Beistandschaften
- frühe Förderung von Kindern unter drei Jahren in Kindertagesstätten.

Die frühe Förderung von Kindern ist Prävention. Der Lahn-Dill-Kreis nimmt unter den hessischen Landkreisen einen Spitzenplatz in der finanziellen Förderung des Ausbaus von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren ein. Die Entwicklung der Förderbeiträge für Kindertagesstätten weist schon im ersten Jahr 2006 auf eine hohe Akzeptanz hin, so dass wir das angestrebte Ziel eines 20%igen Versorgungsgrades voraussichtlich bereits vor 2010 erreichen werden. Das ermöglicht gerade auch sozial benachteiligten Kindern aus sog. Multiproblemfamilien die Chance auf eine anregungsreiche und kindgerechte Entwicklung.

Für diese Aufgaben muss, dies zeigt der Fall Kevin deutlich, die Verwaltung auch angemessen personell und finanziell ausgestattet sein. Angesichts der ökonomischen Entwicklung der letzten Jahre und der Auflagen des RP, die auch auf den Stellenplan und damit die Personalressourcen der Jugendhilfe einen enormen Druck ausgeübt haben, wurde auch das Leistungsspektrum der Kinder- und Jugendhilfe auf die Kernaufgaben beschränkt, und dies trotz wachsender Anforderungen.

Die Jugendhilfe verursacht im laufenden Jahr im Haushalt ein Defizit von rund 14,4 Mio. €. Ich kann Ihnen dennoch keine Hoffnung machen, dass wir angesichts der von mir skizzierten Herausforderungen hier noch Konsolidierungsbeiträge erschließen können.

4. Regionalentwicklung im Lahn-Dill-Kreis

Nach einer auch in der Lokalpresse am 28. Dezember 2006 veröffentlichten Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) nimmt der Lahn-Dill-Kreis im bundesweiten Vergleich den Platz 165 von insgesamt 435 untersuchten Kreisen und kreisfreien Städten ein. Die Studie hat in den einzelnen Kommunen verschiedene ökonomische und infrastrukturelle Indikatoren wie Wohlstand, Arbeits- und Ausbildungsplatzdichte, Einkommen, Wirtschaft und Verwaltung bewertet. In diesem ersten wissenschaftlichen Regionalranking weist der Lahn-Dill-Kreis

- eine im Bundesdurchschnitt niedrige Arbeitslosenquote,
- einen hohen Anteil von Arbeitnehmern in der optischen Industrie,
- unterdurchschnittlich wenige Straftaten,
- ein durchschnittliches Bruttoeinkommen von knapp 2.000 EUR mehr als der Durchschnittsdeutsche sowie
- eine schlankere Verwaltung mit 1,2 Beschäftigten pro 100 Einwohner auf, während der Durchschnitt bei 1,5 öffentlich Beschäftigten liegt.

Hessenweit kam der Lahn-Dill-Kreis auf Platz 13 von 26, im mittelhessischen Vergleich liegen wir vorne.

Meine Damen und Herren,

mit diesem Ergebnis bin ich nur teilweise zufrieden. Wir sollten unseren Beitrag dazu leisten, das Profil des Lahn-Dill-Kreises weiter zu schärfen, Schwächen auszumerzen, die wirtschaftliche Dynamik zu erhöhen, sozial- und arbeitsmarktpolitische Strukturen zu verbessern und die öffentliche Infrastruktur, für die unsere Gemeinden und der Landkreis verantwortlich sind, weiter zu optimieren. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir dies alles nur auf Dauer – auch finanziell - werden gewährleisten können, wenn wir dem gewaltigen demografischen Trend entgegenwirken. Deshalb werbe ich eindringlich dafür, dass wir ein klares Profil bekommen, das die Familienfreundlichkeit in den Vordergrund stellt. Der Lahn-Dill-Kreis muss für Familien mehr denn je eine attraktive Region für Mensch und Wirtschaft werden, in der man gerne lebt und arbeitet und auch im Alter sich gut aufgehoben und betreut fühlt.

5. Projekt „Ehrenamts card“

Der Kreistag hatte am 6. Februar 2006 beschlossen, an dem landesweiten Modellprojekt „Ehrenamts card“ teilzunehmen. Die Vorbereitungen hierzu sind mittlerweile abgeschlossen, im Haushaltsentwurf 2007 – genauer in der Ergänzungsliste - wurden die aus Sicht des Kreises zur Realisierung unverzichtbaren personellen und sachlichen Ressourcen ausgewiesen. Der Lahn-Dill-Kreis wird die Verleihung der Ehrenamts card jeweils in einem angemessenen Rahmen vornehmen, allerdings unserer Finanzmittelausstattung entsprechend grundsätzlich ohne besondere Veranstaltungstermine. In diesem Rahmen geht der Kreisausschuss davon aus, den mit rund 46 T€ kalkulierten Aufwand einhalten zu können, auch weil es sich hier um eine freiwillige Leistung des Kreises handelt.

Auf Initiative der Koalition wird zudem eine Stabsstelle "Ehrenamt" eingerichtet, die sich um die gesamte Thematik kümmern soll.

Nach diesen Schwerpunktbereichen möchte ich Ihnen in der gebotenen Kürze noch einen Überblick über den Kreishaushalt 2007 geben.

- **Investitionen 2007**

Der Lahn-Dill-Kreis plant im Haushaltsjahr 2007 Investitionen von fast 10,8 Mio. EUR. Davon kommen rund 7,7 Mio. EUR direkt der Bauwirtschaft zugute.

Die größten Investitionsvorhaben sind:

	Haushaltsplan 2007		
	Investitionen	direkte Zuweisung	Verpflicht.-ermächt.
	€	€	€
Allgemeine Verwaltung			
Ersatz und Ergänzung DV-Hardware	209.335	43.829	
Rückkauf von Nutzungsrechten an den Gebäudeteilen B und C des Friedrich-Zimmer-Krankenhauses ²⁾	880.000		
Kreisstraßen			
K 360 Ortsdurchf. Schöffengrund-Niederwetz	250.000	100.000	
K 65 zw. Merkenbach und Hörbach Grundhafte Erneuer.	370.000	222.000	
Schulen			
Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen für alle Schulen	1.100.000		
Johann-Heinrich-Alsted-Schule, Mittenaar Investitionsmaßnahmen Ganztagsangebote (Programm IZBB)	300.000	270.000	200.000
Johanneum-Gymnasium Herborn Investitionsmaßnahmen Ganztagsangebote (Programm IZBB)	475.000	427.500	
Grundhafte Sanierung Johanneum-Gymnasium	650.000		550.000
Otfried-Preussler-Schule Dillenburg Investitionsmaßnahmen Ganztagsangebote (Programm IZBB)	850.000	225.000	
Friedrich-Fröbel-Schule Wetzlar Investitionsmaßnahmen Ganztagsangebote (Programm IZBB)	1.540.000	270.000	
Erich-Girolstein-Schule Wetzlar Sanierung von Klassenriegeln	400.000		211.200
Alexander-v.-Humboldt-Schule ABlar (IGS) Grundhafte Sanierung (FCB)	300.000		320.000
Gesamtschule Ehringshausen (IGS) Investitionsmaßnahmen Ganztagsangebote (Programm IZBB)	375.000	337.500	
Gesamtschule Solms (IGS) Investitionsmaßnahmen Ganztagsangebote (Programm IZBB)	399.000	359.100	
Gesamtschule Johann-Textor-Schule Haiger Grundhafte Sanierung (FCB)	720.000		620.000

1) IZBB = Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" (Bund)

2) PCB = Polychlorierte Biphenyle; giftige und krebsauslösende chemische Chlorverbindungen, die bis in die 1980er Jahre u. a. als Weichmacher in Lacken, Dichtungsmassen, Isoliermitteln und Kunststoffen verwendet wurden.

Neben den eigentlichen Investitionen, die sich aus unserem Investitionsprogramm ergeben, vergibt der Lahn-Dill-Kreis auch für die laufende Instandhaltung von Schulen, Kreisstraßen

und Verwaltungsgebäuden Aufträge in Millionenhöhe. So sind im Entwurf des Haushalts 2007 Kosten in Höhe von rund 9,6 Mio. EUR vorgesehen, davon

- 8,45 Mio. EUR für Schulgebäude,
- 582 TEUR für Kreisstraßen und
- 560 TEUR für die Verwaltungsgebäude.

Hinzu kommt noch die Grundsanierung des Gebäudeteils A des Kreishauses in Wetzlar mit einem Umfang von rund 1,8 Mio. €, die aus noch verfügbaren Budgetermächtigungen der vergangenen Jahre realisiert werden soll und für die bereits der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss grünes Licht gegeben hat.

Besonders erwähnt werden soll auch das eingangs bereits angesprochene **PPP-Projekt für den Neubau der Pestalozzischule** mit einer 3-Feld-Halle sowie die Sanierung und der Betrieb der angrenzenden Freiherr-vom-Stein-Schule. Wir werden hier im Rahmen der Vertragslaufzeit rund 40 Mio. € aufwenden.

- **Kommunaler Finanzausgleich 2007**

Meine Damen und Herren, das Jahr 2007 beschert den Landkreisen nach dem hoffnungsvollen Konjunkturverlauf insbesondere des zweiten Halbjahres 2006 deutliche Verbesserungen bei den Erträgen aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Insgesamt können wir gegenüber dem Jahr 2006

→ bei der Summe aus Kreis- und Schulumlage mit gut 13,9 Mio. € und

→ bei den Kreisschlüsselzuweisungen mit rund 4,3 Mio. €

mehr als im Vorjahr rechnen.

Gleichzeitig werden wir bei der LWV- und Krankenhausumlage um annähernd 2,4 Mio. € entlastet, so dass summa summarum insgesamt rund 20,7 Mio. € als Verbesserung ankommen.

Mit dem Haushalt 2007 war ferner erstmalig der mit dem Finanzausgleichsgesetz 2006 auferlegten Verpflichtung nachzukommen, den **Hebesatz der Schulumlage** so festzulegen, dass damit die finanziellen Belastungen des Kreises aus der Schulträgerschaft gedeckt werden. Auf Grundlage der Ihnen vorliegenden Entwurfszahlen für den Zuschussbedarf für die Produktgruppe Bildung und Liegenschaften wird der Kreis im Jahr 2007 den Hebesatz der Schulumlage von bisher 8 % - dies war die bisherige Deckung – auf jetzt 15,60 % anheben. Wie dies errechnet wurde, können Sie aus der Änderungs- und Ergänzungsliste, die der Kreisausschuss am 10. Januar 2007 beschlossen hat, erkennen. Mit dem neuen Hebesatz wird – auf Basis der im Haushaltsentwurf veranschlagten Daten - ein Ausgleich der schulträgerbedingten Kosten im Umfang von 98,26 % erreicht.

Je nach dem Verlauf der Haushaltsberatungen wird sich dieser Satz noch geringfügig verändern. Da wir in den kommenden Jahren die internen Leistungsverrechnungen noch weiter ausbauen werden, wird sich auch der Hebesatz der Schulumlage noch etwas nach oben bewegen.

Soviel zu den positiven Nachrichten.

Geradezu schockierend ist, dass von den enormen Verbesserungen per Saldo, also unter Berücksichtigung der Aufwendungen vor allem für Transferleistungen, nach dem Plan nur rund 7,5 Mio. EUR übrig bleiben. Die Mehrkosten betreffen vor allem die Transferleistungen (plus 8,8 Mio. €, davon allein 6,5 Mio. € bei den Ausgaben für Soziales) und die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (plus 4,1 Mio. €, u. a. für den Geschäftsbedarf der ARGE, Instandhaltungen und höhere Energiekosten).

Der Kreis hat, dies zeigt die Entwicklung im Jahr 2007 besonders deutlich, nicht nur ein Einnahmenproblem, er hat auch ein massives Aufgaben- und Ausgabenproblem.

Für den **Hebesatz der Kreisumlage**, der zunächst im gleichen Umfang gesenkt werden musste, schlägt Ihnen der Kreisausschuss eine moderate Anhebung zur anteiligen Deckung des verbleibenden sonstigen Defizits um 0,25 % vor.

Das Regierungspräsidium hatte in seiner letztjährigen Haushaltsgenehmigung dem Kreis zwingend vorgeschrieben, den Kreisumlagehebesatz für 2007 erneut anzuheben, falls ein Haushaltsausgleich nicht erreicht werden kann. Wir kommen dieser Auflage mit dem heutigen Haushaltsplan nach, berücksichtigen beim Ausmaß der Erhöhung aber, dass sich durch die neuen Umlagegrundlagen die Zahllasten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden aufgrund der gestiegenen Umlagegrundlagen kräftig erhöhen werden.

Dazu sei aber auch der Fairness halber angemerkt, dass die kreisangehörigen Städte und Gemeinden ebenfalls erhebliche Verbesserungen zu verzeichnen haben. Insgesamt werden unsere Städte und Gemeinden auf der Basis der vorläufigen Berechnungen des Finanzministeriums für den Finanzausgleich 2007 im Jahr 2007 rd. 14,8 Mio. EUR mehr an den Kreis zu zahlen haben als 2006.

Entgegen den Erwartungen hat das Land Hessen die im Finanzausgleichsgesetz 2006 bereits verankerte Reduzierung des Ermäßigungssatzes für die Sonderstatusstadt Wetzlar für 2007 nochmals ausgesetzt und statt dessen für dieses Jahr erneut einen gesonderten Ausgleichsbetrag in Höhe von 920 T€ vorgesehen, den die Stadt Wetzlar bis zum 30. September an uns zu zahlen hat. Das mit großem Aufwand erarbeitete Gutachten des Landesrechnungshofs, das für viel Aufregung und Streit bei Kreisen und Sonderstatusstädten gesorgt hat und das seit September 2006 vorliegt, spielte für den Finanzausgleich 2007 offenbar ebenso wenig eine Rolle wie die eindringlichen Plädoyers der Landkreise, dass die Integration der Sonderstatusproblematik in den Finanzausgleich zu absurden Ergebnissen führt. Ich befürchte, dass die Beseitigung dieser Systemfehler und der merkwürdigen Lösungsversuche über Ausgleichsbeträge, wenn überhaupt, erst mit der für 2009 angekündigten großen Ausgleichsstrukturreform gelingen wird. Sicher bin ich allerdings keineswegs.

Angesichts dieser enormen Verbesserungen der Finanzausstattung müssen die Landkreise naturgemäß neu überprüfen, ob die im Jahr 2006 angekündigte und dann immer wieder aufgeschobene Klage gegen das Land Hessen noch vernünftig ist. Dabei müssen wir gleichwohl bedenken, dass der Löwenanteil der Verbesserungen zu Lasten der Städte und Gemeinden geht.

- **Personal**

Zur Personal- und Stellenwirtschaft hatte uns das Regierungspräsidium in der Haushaltsgenehmigung 2006 aufgegeben, die Zahl der Planstellen um weitere 2 %, das sind gerundet 18 Stellen, zu vermindern. Gleichzeitig müssen die tatsächlich besetzten Stellen um weitere 1 %, also rund 9 Stellen, reduziert werden.

Meine Damen und Herren, mit dem Ihnen als Anlage zum Haushaltsentwurf vorgelegten Stellenplan erfüllen wir diese Auflage. Sie können dies in den Erläuterungen zum Stellenplan detailliert nachvollziehen. Bei unverändertem Aufgabenbestand kann ich allerdings nicht erkennen, dass der weitere Abbau der tatsächlich besetzten Stellen in dem von der Aufsichtsbehörde gefordertem Umfang bis zum nächsten Haushalt möglich ist.

Unsere Einschätzung, dass die vollzogenen Einschnitte in vielen Bereichen das Machbare bereits überschritten haben – ich verweise nur auf das Thema Jugendhilfe oder den Gesundheits- und Verbraucherschutz - , wollen wir mit einer Organisationsstrukturuntersuchung belegen, die auch objektive Kriterien für die Personalbedarfsbemessung erbringen soll. Die Untersuchung wird gestartet, sobald der Haushalt 2007 genehmigt und in Kraft gesetzt ist. Sie werden hierüber dann umfassend informiert.

- **Zur Haushaltskonsolidierung**

Meine Damen und Herren, der Kreisausschuss legt Ihnen als Anlage zum Haushalt erneut die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts vor. Er hat dort diejenigen Maßnahmen dargestellt und bewertet, die für das Jahr 2007 über die bisherigen erheblichen Konsolidierungsanstrengungen hinaus noch machbar erscheinen. Auch diese Fassung ist geprägt von zwei wesentlichen Teilaspekten, nämlich Sparsamkeit in der Umsetzung gesetzlicher Aufgaben und politisch beschlossener Ziele einerseits und von Selbstbeschränkung bei der Festlegung eben dieser Ziele andererseits.

Diejenigen Konsolidierungspotenziale, die bereits in den Haushaltsentwurf als Einnahmeverbesserung oder Kürzung von Ausgaben eingeflossen sind, haben wir im Konzept gesondert kenntlich gemacht.

Es ist jetzt an Ihnen, die Vorschläge des Kreisausschusses zu diskutieren, zu bewerten und ggf. neue oder veränderte Zielsetzungen zu beschließen, die dann Ausdruck des politischen Gestaltungswillens sind. Auswirkungen der von mir bereits angesprochenen Organisationsuntersuchung werden wir dann frühestens mit dem nächsten Kreishaushalt bzw. der nächsten Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts vorlegen können.
Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Schluss noch kurz zusammenfassen.

Wir sollten bei aller Freude über die positive Wirtschaftsentwicklung des Jahres 2006 und der Finanzausgleichsdaten 2007 uns nicht verleiten lassen, nach schlechten Beispielen andernorts nun schon Ressourcen zu verteilen, die noch nicht erwirtschaftet sind.

Nach meiner Überzeugung sind wir gut beraten, wenn wir im Geldausgeben Maß halten und weiterhin sehr genau darauf achten, welche Maßnahmen wirklich wichtig sind, unsere Gemeinschaft im Hinblick auf Bildung, Wirtschaft, Ökologie, Schutz und Förderung der Jugend sowie Stärkung der Familien weiterzuentwickeln, und welche Investitionen in die öffentliche Infrastruktur vor diesem Hintergrund sinnvoll sind.

Luftschlösser erzeugen hohe – zu hohe - Unterhaltungskosten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen konstruktive Haushaltsberatungen.